

Antrag

25 | 005

CDU/FDP

STADTRATSGRUPPE AURICH

CDU-Stadtratsfraktion, Spekendorfer Kirchweg 18, 26607 Aurich

Stadt Aurich
z. Hd. Herrn
Bgm. Feddermann
per Mail

Stadt Aurich
Vorz. Bgm.

Eing.: 24. Jan. 2025

Abt.: - 33 -

Arnold Gossel
Spekendorfer Kirchweg 18
26607 Aurich – Middels
Tel.: 04947/1264
Mobil: 016092866471
E.-Mail: arnold.gossel@gmail.com

26607 Aurich, den 15.12.2024

Betreff: Antrag zur Freigabe der Videoüberwachung auf Schulgelände im Einzelfall

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die CDU/FDP Gruppe im Stadtrat Aurich bittet um dringende Aufnahme des folgenden Antrags auf die Tagesordnungen des nächsten Schulausschusses und der folgenden Ratssitzung.

Antrag:

Die CDU/FDP Gruppe beantragt, in Abänderung der alten Beschlusslage des Auricher Stadtrats zu beschließen, dass die Videoüberwachung an Außenanlagen von Schulen im zu prüfenden Einzelfall nach Prüfung erlaubt werden kann.

Begründung:

Der Datenschutz ist wichtig und das Recht am eigenen Bild umso mehr. Eine Videoüberwachung darf den freien und nicht überwachten Zugang zur Schule nie verhindern für Menschen die nicht videografiert werden möchten. Eine deutliche Kennzeichnung jeder Videoanlage ist selbstverständlich. In der Abwägung zwischen der Freiheit und dem Schutz muss aber eine neue Betrachtung angestellt werden. Die Diebstahlstaten und Sachbeschädigungen an Schulen und dem Eigentum der Schülerinnen und Schüler nimmt stetig zu. Dabei ist auch zu beachten, dass die privaten gefährdeten Sachwerte (Fahrräder, E-Bikes, E-Roller) immer wertvoller werden. Dazu ist das Schutzbedürfnis der Schulkinder zu beachten, denn Vandalismus und Müll, wie Glasscherben im Sand, enorme Risiken darstellen.

Der Einzelfall muss genau geprüft werden und auch immer die Frage eines milderen, gleichgeeigneten Mittels bedacht werden. Diese müssen aber auch mit verhältnismäßigen Mitteln umsetzbar sein, was auf Überwachungspersonal jedenfalls nicht zutrifft.

Jedenfalls sind alle datenschutzrechtlichen Voraussetzungen jeweils zu prüfen und Anträge entweder der Schule oder aus dem Rat, soweit es auch öffentliche Plätze betrifft, eine zwingenden Voraussetzung.

Sarah Buss
FDP-Fraktion

Arnold Gossel
CDU-Fraktion